

„Integration gelingt nur vor Ort“

**Statement
auf dem 5. Nationalen Integrationsgipfel
im Namen der
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände**

am
31. Januar 2012
im
Bundeskanzleramt, Berlin

Roland Schäfer

Bürgermeister der Stadt Bergkamen
Präsident des
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

www.dstgb.de
www.roland-schaefer.de

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
sehr geehrte Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Gelegenheit, als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Bürgermeister der Stadt Bergkamen aus Sicht der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände einige Worte zu diesem wichtigen Thema an Sie richten zu können. Mein Gruß gilt auch im Namen des Deutschen Städtetages, hier vertreten durch Oberbürgermeister Christian Ude und des Deutschen Landkreistages, hier vertreten durch Landrat Frithjof Kühn.

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat den mit dem 1. Integrationsgipfel im Jahr 2006 und mit dem „Nationalen Integrationsplan“ im Jahr 2007 begonnenen Dialogprozess von Anfang an unterstützt.

Auch wenn maßgebliche Rahmenbedingungen natürlich durch den Bund und die Länder vorgegeben werden, gilt:
Integration kann nur vor Ort gelingen!

Seit vielen Jahren ist klar, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden einen entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Integration der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund leisten können und müssen und ihrerseits von einer gelingenden Integration in besonderer Weise profitieren.

Die neben dem Nationalen Integrationsplan ebenfalls vorgestellte Studie zum Stand der Integrationspolitik in den Kommunen belegt, dass die Städte, Landkreise und Gemeinden zahlreiche Integrationsmaßnahmen ergriffen haben, wie dies auch von den kommunalen Spitzenverbänden empfohlen wurden. Insbesondere die Aussage der Studie, dass ein großer Teil der Kommunen der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund eine hohe oder sehr hohe kommunalpolitische Bedeutung beimisst, unterstreicht unser Engagement für die Integration.

Vor diesem Hintergrund waren die kommunalen Spitzenverbände selbstverständlich bereit, sich auch am „Nationalen Aktionsplan Integration“ mit einem eigenen Beitrag zu beteiligen. Unser ausführlicher Beitrag findet sich im Text des Aktionsplans. Ich will ihn hier nicht wiederholen.

In den Ergebnissen der Dialogforen des Nationalen Aktionsplans spiegelt sich der erreichte Stand der Integration in Deutschland wieder. Die Dialogforen betreffen vielfach integrationspolitische Handlungsfelder, zu denen wir bereits 2007 Empfehlungen ausgesprochen haben. Die Empfehlungen haben sich bewährt und behalten ihre Gültigkeit. Es besteht kein Anlass, sie in Frage zu stellen.

Die Empfehlungen sind aber jetzt in dem Beitrag der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum Nationalen Aktionsplan weiterentwickelt und konkretisiert worden.

Im Vordergrund der Städte, Landkreise und Gemeinden stehen die Empfehlungen zur „Integration vor Ort“. Dazu gehört, der Integration eine noch höhere kommunalpolitische Bedeutung beizumessen und die Integration als ressortübergreifende Aufgabe in der Kommunalverwaltung zu verankern.

Die kommunalen Spitzenverbände werden ihre Empfehlungen durch Erfahrungsaustausche und die Unterstützung der Kommunen beim Aufbau und bei der Verstetigung kommunaler Integrationsprozesse verstärken.

Dies geschieht über unsere Gremien, unsere Printmedien und die kommunalen Internetangebote und –foren. Dazu gehört auch die Bereitstellung von Arbeitshilfen, z.B. zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Ebenso dazu gehören Fachkonferenzen, wie etwa die vom Deutschen Städtetag im vergangenen November veranstaltete Konferenz „Diskriminierung als Herausforderung“, als Auftakt einer ganzen Konferenzreihe.

Wichtig ist uns, dass Empfehlungen mit den Realitäten der kommunalen Praxis korrespondieren und somit eine realistische Chance auf Umsetzung und auf weitere Verbreitung bekommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die „Forschungs-Praxis-Projekte“ hinweisen, die die Schader Stiftung mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände durchgeführt hat: das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ und das Ende 2011 abgeschlossene Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“.

Die kürzlich fertiggestellte Publikation „Erfolgreiche Integration im ländlichen Raum“ vermittelt zahlreiche Best-Practice-Beispiele. Dabei zeigt sich besonders deutlich, wie konkret und praxisnah Empfehlungen sein können, wenn zuvor eng mit kommunalen Praktikern zusammengearbeitet wurde. Wir wünschen diesen Ergebnissen eine

weite Verbreitung und möchten zur Nachahmung der guten Beispiele anregen!

Das Projekt hat aber auch erneut deutlich gemacht, dass Kommunen beim Aufbau und bei der Verstetigung kommunaler Integrationsprozesse Unterstützung brauchen.

Wir haben wiederholt die Kürzungen beim Bundesprogramm „Soziale Stadt“ im Rahmen der Städtebauförderung kritisiert.

Ebenso müssen wir nach Auswertung der genannten Studie zum Stand der Integrationspolitik in den Kommunen auch Mängel in der Integrationsförderung in einigen Bundesländern feststellen. Hier wünschen wir uns manchmal mehr Anstrengungen, die kommunale Integrationspolitik zu unterstützen!

Allerdings ist auch die gelungene Kooperation aller Beteiligten des Integrationsnetzwerks ein wichtiger Erfolgsfaktor, der häufig mehr von Engagement und Know How abhängt, als von finanziellen Mitteln. In der Tat zeigt sich immer wieder, dass der Integrationsprozess nicht durch die staatlichen Ebenen allein gestaltet werden kann, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, an dem sich z.B. Schulen, Arbeitgeber, Kirchen, Verbände, Vereine und sonstige zivilgesellschaftlichen Gruppen beteiligen müssen.

An dieser Stelle spreche ich meinen herzlichen Dank an all Diejenigen aus, die vor Ort im Interesse der Integration aktiv sind, die Integrationsnetzwerke voranbringen und sich für Demokratie und Toleranz sowie gegen Fremdenfeindlichkeit einsetzen. Dies gilt insbesondere für die vielen ehrenamtlich Engagierten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

noch ein Wort zu den aufgedeckten verabscheuungswürdigen Verbrechen an Menschen mit Migrationshintergrund durch rechtsextremistische Gewalttäter; Es ist mir ein Bedürfnis, auch hier noch einmal meine Abscheu gegenüber solchen Taten und mein Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer zum Ausdruck zu bringen.

Die Kommunen in Deutschland stehen für die Werte unserer Verfassung und wollen sie gegen ihre Feinde verteidigen. Wir werden die kriminalpräventiven Netzwerke vor Ort nutzen. Wir müssen vor allem die Werte von Demokratie, Toleranz und friedlichem Zusammenleben vermitteln, angefangen in den Kindertageseinrichtungen, in den Schulen und Jugendeinrichtungen.

Dabei dürfte Jedem klar sein, dass Fremdenfeindlichkeit nicht nur inhuman und menschlich verabscheuungswürdig ist, sondern uns auch im Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderer schadet.

In der kommunalen Integrationspolitik betonen wir zunehmend die Potenziale der Migrantinnen und Migranten.

Diese beleben nicht nur die Kultur vor Ort; sie leisten auch wichtige Beiträge zur wirtschaftlichen Prosperität und der Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Städte, Landkreise und Gemeinden. Hieran immer wieder zu erinnern ist wichtig - nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels!

In einzelnen Kommunen haben schon heute über 50 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund. Grundschuleingangsklassen mit über 70 Prozent Kindern mit Zuwanderungshintergrund sind keine Seltenheit.

Wir dürfen kein Kind und keinen Jugendlichen zurück lassen. Im Interesse des einzelnen Kindes, aber auch im volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interesse.

Schlüsselfaktoren für das Gelingen der Integrationsprozesse sind Sprachkenntnisse, ausreichende Bildungsabschlüsse und abgeschlossene Berufsausbildung bzw. Studium. Hier gibt es nach wie vor Defizite und Nachholbedarf. So ist die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Schul- und Berufsabschluss immer noch zu hoch.

Die Kommunen bekennen sich zu ihrer großen Verantwortung für die Integration. Wie zahlreiche gute Beispiele verdeutlichen, leisten sie seit Jahren im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung wichtige Beiträge zur Integration und zu einem friedlichen gesellschaftlichen Miteinander der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Erfolgreiche Integration ist allerdings kein einseitiger Prozess. Sie setzt nicht nur eine integrationsbereite Aufnahmegesellschaft und die entsprechenden Integrationsangebote und -hilfen voraus, sondern ebenso die Bereitschaft der Menschen mit Migrationshintergrund, sich zu integrieren. Auch hier gibt es teilweise Nachholbedarf.

Besonders gefordert sind dabei die Migrantorganisationen. Leider muss ich aus meiner aktuellen Erfahrung als Bürgermeister feststellen, dass seit einiger Zeit die Zusammenarbeit mit einzelnen Organisationen sich schwieriger gestaltet. Man kann sich des Eindrucks

nicht erwehren, dass diese zum Teil mehr die Politik ihres Herkunftsstaates vertreten, als die Gestaltung des örtlichen Zusammenlebens.

Niemand darf sich der Illusion hingeben, dass die Integration mittel- oder kurzfristig abgeschlossen werden kann. Es handelt sich um eine dauerhafte Aufgabe, die für die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand unserer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sei.

Wir Kommunen sind bereit, an dieser Aufgabe aktiv mitzuarbeiten.

Ich wünsche uns Allen einen anregenden Integrationsgipfel und bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück Auf!